



ARGE FNB OST

ARBEITSGEMEINSCHAFT
FLÄCHENNETZBETREIBER OST

Zusammenfassung Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern

SPD, CDU, DIE LINKE, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

avacon

e.dis

enso NETZ



Stromnetz
Berlin

Stromnetz
Hamburg

NETZE
Magdeburg

Thüringer
Energienetze

WEMAG NETZ
GmbH

Frage 1. a)

Welche energiepolitischen Vorstellungen hat Ihre Partei, um Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Energiewende zu gewährleisten?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Gleichrangigkeit Ziele bei EE-Ausbau</p> <p>Windenergie-Ausbau wieder beschleunigen</p> <p>Investitionsbeschleunigung via Kürzung Instanzenweg vor Verwaltungsgerichten, Entfall aufschiebende Wirkung bei Widerspruch Dritter und Anpassung Kriterien in regionalen Raumordnungsprogrammen an Bedarf</p> <p>Ausreichende Ausschreibungsvolumina und Kopplung Zuschläge an zeitnahe Realisierung koppeln</p> <p>Erarbeitung Kriterienkatalog zur Ausweitung landwirtschaftlicher Nutzflächen für PV</p>	<p>Stärkere Sektorenkopplung, auch im regulatorischen Rahmen</p> <p>Dezentralität als Vorteil der EE über Stärkung „kleinerer“ Erzeugungsanlagen und (idealerweise) lokale Speichermöglichkeiten mehr nutzen – i. S. Entlastung Verteilnetze</p>	<p>Preisdruck/Senkung Gestehungskosten durch höheres Tempo bei EE-Ausbau über schlankere Genehmigungsverfahren</p> <p>Ausbau Übertragungs- und Verteilnetze zur Reduzierung „Phantomstrommengen“</p> <p>Gaskraftwerke als „Ausgleichstechnologie“ für Deckung Strombedarfsdelta</p> <p>Aufbau H2-Industrie unter Nutzung „Phantomstrom“</p>	<p>EE mit Potential Versorgung „zu jeder Zeit“ in allen Sektoren sicherzustellen</p> <p>Effizienzsteigerung z. B. durch Sektorkopplung, finanzielle Anreize für systemdienliches Verhalten (z. B. bei Industrieprozessen), Ausbau europäisches Versorgungsnetz, „angemessene Flächenkulisse“ für EE, Ausrichtung Infrastrukturinvestments auf 100 % EE, Ausbau Energiespeicher, Optimierung Lastenprofil via Digitalisierung, Förderung „energiewendebegleitender“ Forschung</p> <p>Kombination Sofortprogramm Klimaschutz mit „Bürgerenergiegeld“</p> <p>Anreize für kleine und mittlere Akteure (Stadtwerke) in Energiewende</p>	<p>Dezentrale Energiewende „von unten“</p> <p>„Demokratisierung“ der Energiewirtschaft ggü. „früheren oligopolen Konzernstrukturen“</p> <p>Rekommunalisierung/Stärkung Stadtwerke/Bildung Landwerke</p> <p>Anreizsysteme, Regulierungsrahmen, Abgaben auf Prüfstand und vereinfachen</p> <p>Sozial gerechte Energiewende</p> <p>Alternative: Verstaatlichung Energieinfrastruktur</p>	<p>Energiewende nicht geeignet für Gewährleistung Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit</p> <p>Kein weiterer Ausbau von Windkraft und Freiflächen-PV</p> <p>Bis Verfügbarkeit von Speichern Nutzung Kohle, Gas und Kernenergie</p>

Frage 1. b)
Für welche konkreten Maßnahmen im Land wie im Bund würde sich Ihre Partei in der künftigen Landesregierung verwenden, um den Netzausbau speziell in der Hochspannung deutlich zu beschleunigen?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
Beschleunigung Ausbau Übertragungs- und Verteilnetz durch „möglichst standardisiertes“ und „komplett digitalisiertes“ Genehmigungsverfahren	Konsequente Digitalisierung von Genehmigungsprozessen i. S. schnellere Bearbeitungs- und Genehmigungsprozesse ohne Abstriche bei Sorgfalt	Zuständigkeit der Länder begrenzt, jedoch pro Beitrag zu effizienten Genehmigungsverfahren Allgemeine Beschleunigung von Planung/Genehmigung Infrastruktur: möglichst frühe Bürgerbeteiligung, Verfahrensdigitalisierung und -bündelung, Wiedereinführung Präklusion/frühe Verbändebeteiligung, personelle Ressourcen in Behörden und Gerichten	„Moderner“ Netzausbauplan für MV Netzausbau systemdienlich und optimale Ausnutzung bestehendes Netz Frühzeitige BürgerINNENbeteiligung zentral: Erhöhung Planungsqualität und Vermeidung Rechtsstreitigkeiten	Forcierung Ausbau „intelligenter“ HS – Relevanz auch für Akzeptanz	Gemeinsam mit 1. a) beantwortet

Frage 1. c)
Welche Maßnahmen sehen Sie, um den weiteren Zubau von Stromerzeugung auf Basis Erneuerbarer Energien, insbesondere auch von Freiflächen-Photovoltaik, mit dem dafür erforderlichen Netzausbau sowie ggf. auch den Lastzentren in Mecklenburg-Vorpommern zu synchronisieren?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
Siehe Antwort zu 1. b)	<p>Neue große PV-Freiflächenanlagen außerhalb LEP (gemäß Landtagsbeschluss 6/21 über Zielabweichungsverfahren möglich) in Nähe bestehender Netzknotenpunkte installieren und Schwerpunkt auf Methanproduktion</p> <p>Daher: Stromnetze im Energieatlas MV mit abbilden</p>	<p>BKZ für Einspeiser</p> <p>Min. 50 % Kosten (Bezugsgröße?)</p> <p>Bei „Genehmigung“ EE-Anlagen auch gleichzeitig „beschleunigte Genehmigung“ Netzausbau</p>	<p>Siehe Antwort 1. a)</p> <p>Netzausbau nicht bis zur „letzten kWh“</p> <p>„so zentral wie möglich, so dezentral wie nötig“ i. S. Begrenzung Netzausbau auch technisches Minimum auch i. S. regionale Nutzung</p> <p>Fördermittel für Genehmigungsverfahren von BürgerINNEN mit Energiewendebeitrag</p> <p>Landesweites Solarkataster und PV-Pflicht</p> <p>Ausbaus Landesenergie- und Klimaagentur</p> <p>Klärung Konflikt EE/Artenschutz</p> <p>Bundesweit einheitliche NNE; bis dahin landesweiten Solidarausgleich</p> <p>„Klimabildung“ über alle Altersklassen</p>	Keine Antwort	Gemeinsam mit 1. a) beantwortet

Frage 1. d)
Wie wollen Sie die Akzeptanz der Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern erhöhen? Welche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe an der Energiewende stellen Sie sich vor?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Neben Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz in MV (seit 2016) „übergreifende Akzeptanz von „fairen“ Strompreisen abhängig</p> <p>Netzentgelt gerieben höchste Stromreise in MV; Verwendung für bundesweite Angleichung</p> <p>Siehe Antwort zu 1. e)</p>	<p>Akzeptanz durch Desinformationskampagnen von Lobby-Verbänden beeinträchtigt</p> <p>Maximale Transparenz in Planungs- und Genehmigungsverfahren wichtig für Akzeptanzsteigerung</p> <p>Verweis auf Beitrag durch bestehendes Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz</p> <p>Ziel: bundesweit einheitliches Gesetz für Windkraft und PV (ab gewisser Größe)</p>	<p>Hohe Akzeptanz für Energiewende gegeben</p> <p>Weiter Erhöhung (v. a. in ländlichen Regionen) durch Bürgerbeteiligung an Onshore</p> <p>Ersatz Bürgerbeteiligungsgesetz in MV durch kommunale Umsatzbeteiligung (5 %)</p>	<p>Einbindung von Kommunen (Stadtwerke) und BürgerINNEN (Energieprojekte)</p> <p>Risikofreie feste Anteile für Standortgemeinden von Windparks i. S. sozial gerechte Teilhabe</p>	<p>Siehe Antwort zu 1. a)</p> <p>Soziale und wirtschaftliche Teilhabe für BürgerINNEN, die Anlagen „ertragen müssen“</p>	<p>„Konsequente“ Abstandsregeln einzige Möglichkeit zur Steigerung Akzeptanz</p> <p>Abstand Windkraft: 10H zu Wohngebäuden, „großzügig“ zu Waldflächen und Biotopen</p>

Frage 1. e)

Welche Maßnahmen sehen Sie als notwendig an, um eine gleichmäßige Lastenteilung aller Netznutzer unter Berücksichtigung des jeweiligen Netzbedarfes an den Netzkosten zu erreichen? Welche Möglichkeiten zur Senkung Energiewende bedingter Belastungen der Netznutzer in Mecklenburg-Vorpommern sehen Sie?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Hohe Strompreise reizen Einsparpotential an; aber: keine einseitige Belastung einzelner Regionen</p> <p>MV mit höchsten Strompreisen bundesweit; Belastung für geringe Einkommen und Standortnachteil für Unternehmen</p> <p>„wettbewerbsneutrale“ und „soziale“ Strompreise via Reduzierung Belastung bzw. via Förderung</p>	<p>Analog bundesweiter Wälzung Kosten ÜNB auch für Anschlusskosten EE in Verteilnetzen</p> <p>Hohe Stromrechnung für VerbraucherINNEN in MV nicht vermittelbar, wenn gleichzeitig günstige Bezugsmöglichkeit für Ökostrom in z. B. Hamburg oder Berlin</p>	<p>„Drastische“ Reduzierung der „Phantomstrommengen“ durch Netzausbau und H2-Produktion</p> <p>Ziel: Senkung EEG-Umlage und NNE</p>	<p>Senkung Stromkosten über gerechteres Landes-Entgeltsystem bis Etablierung bundeseinheitliche NNE</p> <p>Senkung EEG-Umlage und Energiegeld (für alle BürgerINNEN, Rückgabe CO2-Einnahmen)</p>	<p>Solidarische Wälzung der Netzentgelte im Bund und MV-intern</p> <p>Entscheidungsfindung zu Beteiligung Einspeiser noch andauernd</p>	<p>Senkung hohe Kosten in MV für „Letztverbraucher“ durch Rückbau EE-Anlagen</p> <p>Beteiligung Einspeiser</p>

Frage 1. f)
Welche Vorstellungen haben Sie, um langfristig die Wirtschaftlichkeit der Gasverteilnetze bzw. neuer Ortserschließungen in der Fläche zu erhalten?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Transformation Erdgasnetze zwecks Nutzung für grüne Gase</p> <p>In Abhängigkeit vom Potential der vorhandenen Infrastruktur Ergänzung durch alternative Wärme-Technologien (Nahwärme, Energie-Contracting)</p>	<p>Ob technischer Machbarkeit (Beimischung/Trennung H2 zu Erdgas auf Membranbasis) verstärkte Nutzung Möglichkeiten über bestehendes HYPOS-Netzwerk hinaus</p> <p>Neben Netzanschluss immer auch Option „autarker Lösungen“ betrachten und Wahl der kostengünstigeren Variante</p>	<p>Ersatz „vergangenheitsorientierte Qualitätsregulierung“ durch „Qualitätszuschuss für technisch optimale Erneuerungsstrategie nach Auditierungsverfahren“</p> <p>Nicht nur „bisherigen Netzbetreibern“ vorbehalten</p> <p>Zuschuss bis zu 1 % CAPEX (Tender mit anschließender Prüfung BNetzA)</p> <p>„Begrenzung der natürlichen Monopolstellung und renditeorientierten Netzausbau durch wiederkehrendes BNetzA zur Netzqualität“</p>	<p>Langfristig Umstieg Gasheizungen auf hocheffiziente Wärmepumpen, Solarthermie und Nahwärme</p> <p>Für „bestimmte Teile des Netzes“ Weiterbetrieb mit H2 denkbar</p> <p>Stufenplan für H2-Anteil in Gasnetzen</p>	<p>Erdgas als „Brücke“</p> <p>Vorteil in Nutzbarkeit der vorhandenen Netze</p>	<p>Verstromung von Gas wichtiges „Standbein“ von Versorgungssicherheit</p> <p>Pro „konsequente Förderung im Rahmen NEP Gas“ und enge Zusammenarbeit mit Gasnetzbetreibern</p>

Frage 1. g)
Welche Möglichkeiten sehen Sie, den in der Region erzeugten Strom aus Erneuerbaren Energien künftig stärker für die Wärmeerzeugung zu nutzen und für welche konkreten Maßnahmen würden Sie sich diesbezüglich verwenden?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Hohe Wärmepotentiale aus EE in MV; Biomasse mit Potential Kohle und Gas zu ersetzen</p> <p>Vernetzung Produktion und Nutzung</p> <p>Förderung Wärmespeicher und -netze sowie langfristige Sicherung Bestand Bioenergieanlagen</p> <p>Ausbau Nah- und Fernwärmeversorgung</p> <p>Freie Wahl für BürgerINNEN bzgl. Wärmeversorgung</p>	<p>„Tauchsiederprojekte“ wie in Rostock und Neubrandenburg ermöglichen Nutzung im Wärmesektor</p> <p>Ansiedlung Produktionsanlagen von grünem H2 i. S. Nutzbarkeit anfallender Prozesswärme und damit Stärkung Nah- und Fernwärme</p> <p>Aufhebung EEG-Trennung Einspeisung/„anderweitige Verbräuche“</p> <p>Konsequente Umsetzung „Nutzung vor Abriegelung“</p>	<p>Verstärkte Nutzung Wärmepumpen</p> <p>KWK-Anlagen auf EE-Brennstoffe umstellen</p> <p>Ziel: „niedrigere Temperaturen von Raumwärme und Warmwasser in Wohnhäusern“</p> <p>Langfristig: Beitrag PtH, Geo- und Solarthermie und Abwärme, H2 aus überschüssigem Strom</p> <p>Technologieoffenheit, pro Markt i. S. Effizienz</p>	<p>Maßgabe möglichst wenig Wärmeerzeugung</p> <p>Isolierungen, Nutzungen Restwärme, Transportverluste gering halten</p> <p>Förderung hocheffizienter Wärmepumpen und Solarthermie</p> <p>Investitionsprogramm für kommunale Nah- und Fernwärmenetze (Großwärmepumpen, Solarthermiefelder, Großwärmespeicher)</p> <p>Grüner H2, Saisonalspeicher</p>	<p>PtH und PtG</p> <p>Siehe Antwort zu 1. f)</p> <p>Nicht abgestimmtes/„überbordendes“ Gebühren- und Abgabensystem als Hindernis für Sektorenkopplung</p> <p>Ergebnis: Sektorenkopplung zu „teuer“ und „unwirtschaftlich“</p> <p>Zuständigkeit im Bund</p>	<p>Großes Potential in Sektorkopplung, aber gegenwärtig Nutzung Erneuerbarer nicht zukunftsfähig</p>

Frage 2. a)

Wie ist Ihre Position zur Weiterentwicklung der Eigenkapitalverzinsung (EK-Zins) für Netzinvestitionen? Werden Sie sich für einen Erhalt des bisherigen EK-Zins-Niveaus einsetzen?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Ermittlung Kapitalverzinsung in Strom- und GasNEV eindeutig geregelt und „Entscheidungen“ der BNetzA „höchstrichterlich“ (BVG) überprüft</p> <p>Contra „Loslösung“ Bereich Netzinvestitionen von Entwicklung Kapitalmarkt; insofern Anpassung EK-Zins notwendig</p> <p>EK-Zins für Investoren, wie „derzeit auch am freien Kapitalmarkt (Fremdfinanzierung) realisierbar, „ausreichend und richtig“</p>	<p>Netzausbau entscheidend für Erfolg Energiewende</p> <p>Ausreichende Möglichkeit zur Gewinnerzielung für investierende Netzbetreiber bei gleichzeitiger Begrenzung Rendite im Monopol</p> <p>„Bisheriges“ EK-Zins-Niveau guter Ausgleich</p>	<p>EK-Zins/X-Gen in Verantwortung unabhängiger BNetzA</p> <p>Aber: Pro Verwendung Politik für ausreichende Kapitalausstattung</p> <p>„Modernste (Verteil-) Netze“ für Gelingen Energiewende</p>	<p>Sorge bzgl. BNetzA-Pläne zur Senkung EK-Zins um 1,3 Prozentpunkte</p> <p>Gefährdung notwendiger Investitionen in „unsere Netzinfrastruktur“</p>	<p>Unterstützung für VNB bei Investitionskosten und Ermöglichung angemessener Ertrag</p> <p>Contra aktuelle ARegV-Novelle, da große Herausforderungen für „kleine“ Stadtwerke; keine Kostensenkungspotential mehr</p>	<p>Anreizschaffung zur Deckung des Investitionsbedarfs</p> <p>Daher pro stete Weiterentwicklung/Anpassung EK-Zinsniveau</p>

Frage 2. b)
Wie schätzen Sie das Instrument des sogenannten XGen ein? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieser perspektivisch und dauerhaft auf Null gesetzt wird?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>XGen i. S. Effizienzsteigerungen und überdurchschnittliche Kostensenkungen grundsätzlich zu begrüßen</p> <p>Bei Produktivitätsvorgaben Berücksichtigung neue technische Anforderungen aus Energiewende sowie politische Vorgaben mit „negativer Auswirkung auf künftige Produktivitätspotentiale“ Netzbetreiber</p>	<p>Grundsätzlich sinnvolles Steuerinstrument</p> <p>Aber: Spätestens 2024 wird BNetzA steigenden Ausbaubedarf Verteilnetze berücksichtigen müssen</p> <p>Flexible Netze „faktisch Neuland“, daher netzwirtschaftlicher Produktivitätsfortschritt nicht automatisch unterstellbar (Berücksichtigung bei Xgen)</p>	<p>Gemeinsam mit 2. a) beantwortet</p>	<p>Xgen Strom mit 0,9 % aktuell zu hoch</p> <p>Ebenfalls Gefährdung Ausbau Netzinfrastruktur</p> <p>Klimafolgekosten übersteigen Investitionskosten deutlich</p> <p>Erneute, zeitgemäße, wissenschaftliche Evaluierung von XGen und EK-Zins erforderlich</p>	<p>Siehe Antwort zu 2. a)</p>	<p>Sinnvolles Regulierungsinstrument</p> <p>Contra dauerhafte Setzung auf Null</p>

Frage 2. c)

Verwenden Sie sich beim Redispatch dafür, dass es bezüglich der für die VNB de facto nicht beeinflussbaren Engpassmanagementkosten (EPMK) auch in der Zeit ab der 5. Regulierungsperiode dauerhaft nicht zu einer Bewertung kommt, die im Ergebnis dazu führt, dass die VNB nicht wirtschaftlich benachteiligt werden, die die Energiewende durch hohes Volumen in das Netz integrierter Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien besonders unterstützen?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>VNB können teilweise Entstehen von EPMK beeinflussen (Netzausbau, Bestandsoptimierung, Prozessverbesserungen, Innovationen)</p> <p>Redispatch 2.0 wird zur Gesamtoptimierung beitragen</p> <p>Begrenzung EMPK über Bonus-/Malus-Modell für ÜNB und Bewertung als volatile Kostenbestandteile im Effizienzvergleich; letzteres aber erst, wenn keine „unangemessene/ungerechtfertigte“ Nachteile für VNB</p>	<p>Erheblicher Ausbaubedarf EE erlaubt bei Engpassmanagementkosten, anders als vom BMWi vertreten, keine Anwendung einer ggü. Vergangenheit degressiven Funktion</p> <p>Degressive Funktion erst sinnvoll, wenn EE-Ausbau an Bedarf angenähert</p>	<p>Gemeinsam mit 2. a) beantwortet</p>	<p>Hohe EPMK Folge aus stockendem Netzausbau</p> <p>Senkung durch Netzausbau und Speicher</p>	<p>Keine Benachteiligung der VNB als wesentliche Träger der Energiewende</p>	<p>Nein</p>

Frage 2. d)
Inwieweit und in welcher Ausgestaltung verwenden Sie sich für zeitnahe gesetzliche regulatorische Rahmenbedingungen für den Transport von Wasserstoff in den Gasverteilnetzen? Befürworten Sie die Schaffung eines Regulierungsrahmens für den Transport von Wasserstoff in den Gasverteilnetzen und wenn ja, wie würden Sie diesen ausgestalten?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Zeitnahe Schaffung gesetzlicher/regulatorischer Rahmenbedingungen für Transformation Erdgas- zu Wasserstoffnetzen</p> <p>Evaluierung durch BNetzA zu Erfahrungen Beimischung und Auswirkungen auf NNE</p>	<p>Regulierungsrahmen sinnvoll</p> <p>Zuständigkeit beim Bund</p> <p>Siehe Antwort zu a. f)</p>	<p>Regulierung wichtig für Planungssicherheit/gegen potentiellen Marktmissbrauch in Monopolen</p> <p>Ausbau H2-Netz durch FNB</p> <p>Anfangs „effiziente Integration“ in bestehende Kapazitäten/Erlösobergrenze i. S. NNE</p> <p>Perspektivisch Förderung</p> <p>Entsprechende Anpassung EU-Recht/EnWG</p>	<p>Jede Investition verpflichtend „H2-ready“</p> <p>Planbar und stetig wachsenden H2 Anteil, von Netzbetreibern schadensfrei tolerierbar</p> <p>Nur grüner H2, d. h. weiterer EE-Ausbau</p> <p>In EE-Schwerpunktregionen „Experimentierzonen“ mit gesenkten Strombezugskosten</p>	Keine Antwort	Zeitnahe Schaffung rechtlicher Rahmen für H2-Einspeisung in bestehende Gasnetze

Frage 2. e)
Wie sollte ein zukunftsfähiger Regulierungsrahmen gestaltet sein und welche Möglichkeiten sehen Sie, um nach dem erwarteten Urteil des EuGH künftig Kontinuität, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit des Regulierungsrahmens sicherzustellen?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Zukunftsfähiger Regulierungsrahmen i. S. Versöhnung notwendige Effizianzanreite mit Herausforderungen aus Umbau Energieversorgung</p> <p>Flexible und transparente Anreizsysteme für Innovationen und gleichzeitig „verlässlicher finanzieller Spielraum“ für notwendige Investitionen</p> <p>Beständiger Dialog zwischen Politik und Netzbetreibern über Ausgestaltung Regulierung</p>	<p>Solange Netze privatwirtschaftlich organisiert Ausgleich zwischen unternehmerischer Pflicht VNB zur Gewinnerzielung und Missbrauchspotential der lokalen Monopolposition</p>	<p>Gemeinsam mit 2. d) beantwortet.</p>	<p>Bundespolitik für Ausgleich zwischen Planungsunsicherheiten, Förderung und Kostensteigerungen durch Ineffizienz zuständig</p> <p>Faire Lösung für Interkonektoren i. S. europäische Energiewende und Klimaschutz</p> <p>Keine „Öffnung“ Netzinfrastruktur für nicht-grünen H2</p>	<p>Regulierung wichtig für Schutz VerbraucherINNEN sowie Unternehmen</p> <p>Transparente Kostendarstellung seitens Betreiber, „solidarische Verteilung nach Leistungsfähigkeit“ und Effizienz beim Mitteleinsatz</p>	<p>Planungssicherheit und „Rechtskonformität“ wichtig zur Vermeidung weiterer Klagen vor EuGH</p>

Frage 3. a)

Wie schätzen Sie die künftige Rolle Mecklenburg-Vorpommerns beim Aufbau der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland ein? Welches Konzept verfolgen Sie hinsichtlich der regionalen Erzeugung, der im Bundesland erforderlichen Infrastruktur, des regionalen Verbrauchs sowie der geographischen Lage für den Import?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Klimaneutrale Gase zentral für Versorgungssicherheit</p> <p>Grüner H2 als Ausgangspunkt für „Power-to-X“-Technologie (Speicherbarkeit von EE-Strom) und weitere breite Anwendungsfelder („klimaneutrale Energierevolution“) (Zukunftspotentiale für MV)</p> <p>Marktanreizsystem, das Wert H2 für sektorgekoppelte Energiewende „gerecht“ wird</p> <p>Gemeinsam mit Stakeholdern Erarbeitung „norddeutsche Wasserstoffstrategie“: Modellvorhaben/Unterstützung Bewerbungen auf Bundesprogramme, Aufnahme EE-H2 in regionale Innovationstrategien/EFRE-OPs und ggf. eigene Landesförderprogramme, Ausbau H2-Tankstellennetz, stärkere H2-Nutzung in Fahrzeugen öffentlicher Hand in MV sowie generell im Verkehr, Anpassung Energierechtsrahmen (EEG-Befreiung, Gleichstellung mit Industriegas, Ausschöpfung Umsetzungsrahmen RED II), Anhebung Offshore-Ziel von 20 GW in 2030 auf min. 30 GW in 2035, Integrierung in schulische Ausbildung, Informationskampagnen)</p>	<p>Hohe Erzeugungspotentiale für H2 durch Wind und Sonne in MV</p> <p>Contra H2-Import, zumal grüner H2 auf absehbare Zeit nicht in erforderlichen Mengen am Markt („lediglich“ auf Erdgasbasis verfügbar)</p>	<p>Ziel: Führende Rolle MV bei H2-Produktion wegen EE-Verfügbarkeit</p> <p>Rahmenbedingungen für Erzeugung/Netze schaffen</p> <p>Förderung Elektrolyseure und perspektivisch Infrastruktur</p> <p>Ausbau Rostocker Hafen</p> <p>Stärkere Nutzung im Verkehr, Schifffahrt und Luftfahrt</p>	<p>Ausbau Infrastruktur</p> <p>Bessere Nutzung „hervorragende Kombination“ aus klimatischer (viel Wind und Sonne) und geologischer (Kavernen) Lage in MV</p> <p>MV noch mehr zum Energiewende-Vorreiter machen</p> <p>Forschungs- und Industrielandschaft weiter fördern</p> <p>Großtechnik für die kostengünstige industrielle Skalierung optimieren</p> <p>Pilotprojekt im Hafen von Rostock</p> <p>Europäisches Energiesystem i. S. gegenseitiger Lastenausgleich</p> <p>Reduzierung Abhängigkeit von Energieimporten</p>	<p>Großes Potential in MV</p> <p>Angesichts Bedarf an grünem H2 kein „Nachlassen“ beim EE-Ausbau</p> <p>H2 aus Erdgas als „Brücke“</p>	<p>H2 mit Potential zur Lösung Probleme Energiewende</p> <p>Jedoch zunächst Forschung</p> <p>Gewinnung und Transport gegenwärtig noch kostenintensiv/ ineffizient</p>

Frage 3. b)

Wie stehen Sie zur Einführung von Mindestanteilen von Wasserstoff in Erdgasausschreibungen?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Contra „generellen Beimischungszwang“ wegen Herausforderungen bei Transport/Speicherung von H2 (deutlich höhere Diffusions- und Effusionsgeschwindigkeit)</p>	<p>Erhöhung Anteil H2 in Erdgas sinnvoll</p> <p>Perspektivisch auch Ersatz fossiles CH4 durch Bio-CH4 auf Basis grüner H2</p>	<p>Grundsätzlich „gute Idee“ für Anfangszeit, aber aktuell eher contra</p> <p>H2-Import erforderlich</p> <p>Forschungs- und Entwicklungskapazitäten notwendig</p>	<p>Voraussetzungen: Sicherstellung Nachhaltigkeit H2 und flächendeckende Kompatibilität der Verteilnetze</p> <p>Anforderung an „moderne Netzinfrastruktur“: vor Ort bedarfsgerechte Trennbarkeit von H2 und Methan</p> <p>Insofern pro</p>	<p>Pro</p>	<p>Contra</p>

Frage 3. c)
Wie sehen Sie die Rolle der Verteilnetzbetreiber beim Roll-out der Elektromobilität?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Ausbau Verteilnetze</p> <p>Bedarfsgerechter Ausbau Ladeinfrastruktur (Anpassung Förderrichtlinien in MV, Standorte im öffentlichen Raum)</p> <p>„Intelligente Ladesäulen“ für punktuelle Lastspitzen</p>	<p>VNB bereits heute „tragende Säule“ bei Ausbau öffentliche Ladeinfrastruktur</p> <p>Keine Belastung dieses Engagements durch „überflüssige Kostenfaktoren“ wie Vorhaltung EC-Abrechnungsmöglichkeiten an jeder Ladesäule</p>	<p>Bringt hohe Anforderungen an Netze und Betreiber</p> <p>Einführung/Weiterentwicklung Smart Grids</p> <p>Ziel: flächendeckendes Versorgungsnetz für EMob</p>	<p>Intelligente Ladeinfrastruktur und Fahrzeuge als Speicher bzw. für Abfederung Lastspitzen</p> <p>Denkbares Modell: Endkunden bieten Netzbetreibern Zugriff auf Speicher und Lasten (virtuell verknüpft, anerkannt als Regelenergie) mit entsprechender Vergütung</p> <p>Pro innovativer Gesetzesrahmen</p>	<p>EMob nur als ein Teil der Lösung im Verkehr</p> <p>Für viele trotz Förderung „nicht erreichbarer Luxus“</p> <p>Künftig stärkere Rolle für grünen H2 im Verkehr; VNB wichtiger Partner für Infrastruktur</p>	<p>Frühzeitige Anpassung der Netze „essentiell“</p> <p>Erhalt in CO2-Gesamtbilanz vorteilhafter Verbrennungsmotor</p>

Frage 3. d)
Wie stehen Sie zu den Herausforderungen der VNB beiden Themen Steuerbarkeit, Sicherheit und optimierter Netzbau und welche Rolle wird aus Ihrer Sicht dabei die Digitalisierung spielen?

CDU	SPD	FDP	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	DIE LINKE	AfD
<p>Digitalisierung auf allen Netzebenen (Betreiber, Verbraucher, Erzeuger) zwingende Voraussetzung für Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz</p> <p>Verwendung für entsprechenden Regulierungsrahmen (Strom/GasNEV, NAV, Strom/GasNZV)</p>	<p>„Smart Grid“ nur über Digitalisierung</p> <p>Bedeutung für Sicherheit im deutschen/europäischen Stromnetz wächst durch Ansteuerung Vielzahl kleiner Erzeuger und Verbraucher</p> <p>Sicherheit der notwendigen IT-Infrastruktur eine der wichtigsten Herausforderungen</p> <p>VNB dabei auf staatliche Unterstützung und Koordinierung angewiesen</p> <p>Aufgabe des Bundes</p>	<p>Digitalisierung zentral, auch für Kostensenkung</p>	<p>Digitalisierung als Chance und Voraussetzung für intelligente Vernetzung von Speichern, Konsumenten und Lieferanten</p> <p>Netze müssen „noch flexibler und agiler“ in Steuerung werden</p> <p>Ggf. Effizienzsprünge durch Einsatz KI's bzw. neuronale Netzwerke in optimierter Netzausbauplanung</p> <p>Besonderer Schutz der Netze als kritischen Infrastruktur vor Cyberangriffen erforderlich</p>	<p>Energiewende nur mit Digitalisierung möglich</p> <p>VNB als wichtige Innovationstreiber und Technologievorreiter</p> <p>Verlässliche Rahmenbedingungen für VNB wichtig</p>	<p>Digitalisierung eng mit Steuerbarkeit, Versorgungssicherheit und optimierter Netzausbau verbunden.</p> <p>Angesichts wachsender Ansprüche „weitreichende“ Investitionen und Forschung notwendig</p>



ARGE FNB OST

ARBEITSGEMEINSCHAFT
FLÄCHENNETZBETREIBER OST

avacon

e.dis

enso NETZ



Stromnetz
Berlin

Stromnetz
Hamburg

NETZE
Magdeburg

Thüringer
Energienetze

WEMAG NETZ
GmbH